

Deutschland-Gronau: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 105/2023 02/06/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: WGG mbH Co. KG

Postanschrift: Enscheder Str. 130 A

Ort: Gronau

NUTS-Code: DEA34 Borken

Postleitzahl: 48599

Land: Deutschland

E-Mail: info@clp-law.de

Telefon: +49 211/9425650

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.wgg-gronau.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E43338152>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E43338152>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Wohnquartier Laubstiege/ Eper-Straße - Planungsleistungen Objektplanung Freianlagen

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEA34 Borken

Hauptort der Ausführung: Stadt Gronau

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Auf der Freifläche Laubstiege/ Eper-Straße ist der Bau eines Gewerbe- und Wohnobjektes in 3-geschossiger

Bauweise zuzüglich Staffelgeschoß und inkl. Tiefgarage geplant. Zur L574 - Eper Straße gelegen ist eine

gewerbliche Nutzung im Erdgeschoß (Bäcker, Bankomat o.dgl.) angedacht, in den darüber liegenden

Geschossen eine Wohnnutzung. Ein betreutes/altengerechtes Wohnen in Verbindung mit einem Pflegedienst ist

hier ebenfalls denkbar.

Der Baukörper soll gleichzeitig als "Schallschutzriegel" zur Eper Straße dienen. Die weitere Wohnbebauung soll

in einer gemischten Nutzung erfolgen, d.h. dass sie von Apartmentwohnungen bis zur Familienwohnung für alle

sozialen Schichten reichen soll.

Eine nachhaltige Bauweise wird angestrebt (BHKW, Photovoltaik, Solarthermie, Regenwassernutzung etc.). Die

Erschließung des Grundstückes ist aufgrund der Ampelkreuzung vor dem Baugrundstück voraussichtlich nur

über die Laubstiege und ggf. an der südlichen Grundstücksgrenze an der Eper Straße möglich.

Gegenstand dieses Verfahrens sind Planungsleistungen der Objektplanung für Freianlagen gemäß §§ 38 ff.

HOAI 2021 in den Leistungsphasen 1 bis 9.

Eckdaten zu den Flächenmaßen:

Grundstücksfläche des Flurstücks 1423: 2.176,00 m²

Grundstücksfläche des Flurstücks 1059: 1.059,00 m².

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Persönliche Referenzen des verantwortlichen Planers / Gewichtung : 50

Preis - Gewichtung: 50

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 18

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung wie folgt:

- Stufe 1 (fest beauftragt): Planungsleistungen LPH 1-2
- Stufe 2 (optional beauftragt): Planungsleistungen LPH 3-5
- Stufe 3 (optional beauftragt): Planungsleistungen LPH 6-8
- Stufe 4 (optional beauftragt): Planungsleistungen LPH 9

Die Besonderen Leistungen werden (sofern nicht anders ausgewiesen) optional beauftragt.

Ebenfalls optional

beauftragt werden die Stundenlohnarbeiten.

Der Auftraggeber behält sich vor, die lediglich optional beauftragten Leistungen abzurufen, wobei ein Abruf

einzeln oder im Ganzen möglich ist. Es besteht kein Anspruch auf Abruf der lediglich optional beauftragten

Leistungsbestandteile.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Folgende Erklärungen/Nachweise sind mit dem Angebot abzugeben:

- Nachweis berufliche Befähigung (Zeugnis Fachausbildung als Dipl.-Ing. TH / FH bzw. Bachelor/ Master an

Universitäten oder Fachhochschulen oder eine vergleichbare Berufserfahrung)

- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB

- Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S.d. § 125 GWB (abzugeben, sofern einschlägig)

- Eigenerklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG

- Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April

2022

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Mit dem Angebot sind beizubringen:

- Eigenerklärung des Bieters zum Vorliegen einer Berufshaftpflichtversicherung mit folgenden Spezifikationen:

o mindestens 5,0 Mio. EUR je Versicherungsfall für Personenschäden sowie

o mindestens 3,0 Mio. EUR je Versicherungsfall für sonstige Schäden (Sachschäden und Vermögensschäden).

Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte

dieser Deckungssummen betragen.

Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist eine Eigenerklärung

ausreichend, wonach im Auftragsfall unverzüglich eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.

Der AG behält sich vor, von dem Bieter, der für den Zuschlag vorgesehen ist, die Eigenerklärung durch eine

entsprechende Erklärung des Versicherers bestätigen zu lassen.

- Eigenerklärung des Bieters über den jährlichen Umsatz in den vergangenen drei Geschäftsjahren.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Ohne die Erfüllung der Mindestanforderungen/ Mindeststandards wird der Bieter/ die Bietergemeinschaft vom

weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Berufshaftpflichtversicherung:

Mindestens 5,0 Mio. EUR pro Versicherungsfall für Personenschäden sowie mindestens 3,0 Mio. EUR pro

Versicherungsfall für sonstige Schäden (Sachschäden und Vermögensschäden). Die Gesamtleistung des

Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssummen

betragen. Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist eine Eigenerklärung

ausreichend, wonach im Auftragsfall ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne erfolgen kann.

Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre netto:

- mind. 70.000 EUR (netto) je Geschäftsjahr

Der Umsatz der Mitglieder einer Bietergemeinschaft wird addiert; bzgl. der

Mindestanforderung kommt es auf

die Umsätze der Bietergemeinschaft insgesamt an.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der

Leistungserbringung eingesetzt werden sollen.

- Geeignete (Unternehmens-)Referenzen des Bieters/der Bietergemeinschaft (betreffend Leistungen mit

vergleichbaren (Planungs-)Anforderungen). Grundsätzlich sind Referenzen in den letzten drei Jahren gefordert.

Es werden aber auch einschlägige Dienstleistungen berücksichtigt, die maximal 8 Jahre zurückliegen (§ 46 Abs.

3 Nr. 1, § 75 VgV).

Anknüpfungspunkt für die Berechnung des Zeitkorridors ist der Tag des Ablaufs der Angebotsfrist. Maßgeblich

ist, dass bei der Referenz der Abschluss der beauftragten Leistung in diesen Zeitkorridor fällt. Sofern bei Unterkriterien auf die Bearbeitung von Leistungsphasen abgestellt wird, muss der Abschluss der letzten Leistungsphase (LPH 8) in den Zeitkorridor fallen. Die Bearbeitung und der Abschluss der davor zu erbringenden Leistungsphasen darf insofern älter sein. Die erbrachten Leistungen müssen also nicht vollständig in den Referenzzeitraum fallen. Bei einer Bietergemeinschaft reicht die Beibringung durch die Bietergemeinschaft als solche. Bei den Referenzangaben muss im Falle einer Bietergemeinschaft aus der Beschreibung der Referenz hervorgehen, auf welches Mitglied der Bietergemeinschaft sich die Referenz bezieht.

- Angabe, welche Teile des Auftrags der Bieter/die Bietergemeinschaft als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt (Anlage 6.9 – VgV – ANG Nachunternehmererklärung/Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen. Bei einer Bietergemeinschaft reicht die Beibringung durch die Bietergemeinschaft als solche).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Ohne die Erfüllung der Mindestanforderungen/Mindeststandards wird der Bieter/die Bietergemeinschaft vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bieters/ der Bietergemeinschaft:

- Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der

Leistungserbringung eingesetzt werden sollen:

- o Mindestens 3 techn. Fachkräfte oder techn. Stellen.

Angaben zu Referenzen von Leistungen mit vergleichbaren Anforderungen:

- Geeignete (Unternehmens-)Referenzen des Bieters/der Bietergemeinschaft (betreffend Leistungen mit

vergleichbaren (Planungs-)Anforderungen):

- o Mindestens eine Unternehmensreferenz Objektplanung Freianlagen mit vergleichbaren (Planungs-)Anforderungen wie folgt:

- mind. LPH 2-8 erbracht
- Bauwerkskosten netto (KGr 500) in Höhe von mind. 150.000 €
- Neubau oder Erweiterungsmaßnahme
- mind. durchschnittliche Planungsanforderungen HZ III.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Berufsqualifikation i.S.d. §§ 75 Abs. 1 und 2, 44 VgV.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Es gelten die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes NRW zur Einhaltung des Tariftreue- und

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 30/06/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 30/06/2023 Ortszeit: 12:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Für die Abgabe der Unterlagen werden vom Auftraggeber zum Teil Musterformulare bereitgestellt, die zwingend

zu verwenden sind. Sofern Unterlagen gefordert werden sollten, für deren Vorlage keine Musterformulare

bereitgestellt werden, sind die Erklärungen vom Bieter selbst anzufertigen. Sofern nichts anderes ausgewiesen

ist, ist die Beibringung als Eigenerklärung ausreichend. Mehrere Bieter können sich grundsätzlich zu einer

Bietergemeinschaft zusammenschließen. In diesem Fall muss die Bietergemeinschaft mit ihrem Angebot

eine Bietergemeinschaftserklärung (§ 43VgV) (bei einer Bietergemeinschaft reicht die Beibringung durch die

Bietergemeinschaft als solche) einreichen. Wird eine Bietergemeinschaft gebildet, müssen alle Mitglieder der

Gemeinschaft die geforderten Unterlagen einzeln beibringen, sofern nichts anderes ausgewiesen ist.

Im Hinblick auf die Eignung gilt Folgendes: Unternehmen, die in der Präqualifizierungsdatenbank AVPQ

(Amtliches Verzeichnis Präqualifizierter Unternehmen) (<https://amtliches-verzeichnis.ihk.de/>) bzw. einer anderen

für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei

Abgabe eines Angebotes durch Angabe der Registrierungsnummer angeben. Sofern vom Auftraggeber mit dem

Angebot Nachweise gefordert werden, die nicht in der v. g. Datenbank enthalten sind, sind diese ergänzend

einzureichen. Als vorläufiger Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung kann mit dem Angebot eine

Einheitlich Europäische Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden.

Ein Bieter kann sich (auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft) zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und

Fachkunde anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und

diesem Unternehmen bestehenden Verbindung.

Hierzu ist mit dem Angebot beizubringen:

- Erklärung Unteraufträge/Eignungsleihe

Ein Bieter kann für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche

und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen

in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur

Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende

Verpflichtungserklärung dieser

Unternehmen vorlegt. Hierzu ist mit dem Angebot z.B. beizubringen:

- Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer/Eignungsleiher

Der öffentliche Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren

Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die

entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen.

Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im

Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für

die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften.

Zur Abgabe der Erklärungen sind die Deckblätter/Musterformulare des AG zu verwenden.

Sofern vom Bieter/

der Bietergemeinschaft ergänzende Unterlagen/Belege beizubringen sind, so sind diese im Anschluss an das

jeweilige einschlägige Deckblatt dem Angebot beizufügen. Soweit keine Musterformulare vorhanden sind,

hat der Bieter eine entsprechende Eigenerklärung abzugeben. Sofern nichts anderes ausgewiesen ist, ist die

Beibringung als Eigenerklärung ausreichend.

Sofern Musterformulare nicht von allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft beizubringen sind, wird hierauf ausdrücklich hingewiesen.

Die vorstehenden Ausführungen gelten für die Ziff. III.1.1), III.1.2) und III.1.3).

Mehrere Bieter können sich grundsätzlich zu einer Bietergemeinschaft zusammenschließen.

In diesem Fall

muss die Bietergemeinschaft mit ihrem Angebot eine Bietergemeinschaftserklärung (Anlage 6.4-VgV-ANG)

einreichen. Bei einer Bietergemeinschaft reicht die Beibringung durch die Bietergemeinschaft als solche. Wird

eine Bietergemeinschaft gebildet, müssen alle Mitglieder der Gemeinschaft die geforderten Unterlagen einzeln

beibringen, sofern nichts anderes ausgewiesen ist.

Sofern der Bieter/die Bietergemeinschaft beabsichtigt, Nachunternehmer zur Auftragsdurchführung einzusetzen, hat der Bieter/die Bietergemeinschaft anzugeben, welche Teile des Auftrags er/sie als Unterauftrag

zu vergeben beabsichtigt (Nachunternehmererklärung).

Der Bieter/ die Bietergemeinschaft, haben (wenn dieser bei Abgabe des Angebotes noch nicht bekannt

ist) auf gesondertes Anfordern durch den Auftraggeber die Nachunternehmer namentlich zu benennen

und nachzuweisen, dass ihnen der jeweilig benannte Nachunternehmer für die Auftragsdurchführung zur

Verfügung stehen wird. Dieser Nachweis ist z.B. durch Vorlage einer entsprechenden Verpflichtungserklärung

des Nachunternehmers zu führen. Der Auftraggeber überprüft, ob Gründe für den Ausschluss des

Nachunternehmers vorliegen. Im Rahmen der Eignungsprüfung des vorgesehenen Nachunternehmers sind auf

gesondertes Verlangen des Auftraggebers die folgenden Nachweise beizubringen:

- Nachweis Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung/Berufsqualifikation i.S.d. §§ 75, 44 VgV

- Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB

- Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S.d. § 125 GWB (abzugeben, sofern einschlägig)

- Eigenerklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG

- Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April

2022

- Eigenerklärung zur Berufshaftpflichtversicherung mit den Spezifikationen nach Ziff. III.1.2),

- Gesamtumsatz für entsprechende Dienstleistungen in den letzten 3 Geschäftsjahren netto,

- Angabe zu geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge.

Die Anforderungen an die Vergleichbarkeit der Referenzen ergibt sich aus den Anforderungen der

Ausschreibung. Die an die Eignung gestellten Mindestanforderungen gelten für die Nachunternehmer, die für

die jeweiligen Teile des Auftrags vorgesehen sind, nicht.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen - Bezirksregierung Münster

Ort: Münster

Postleitzahl: 48147

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

Nach § 160 Abs. 3 GWB gilt:

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht

innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134

Absatz 2 bleibt

unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur

Angebotsabgabe gegenüber

dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu

wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

30/05/2023